

EINSTEIG

Pro ←————→ Contra

AUFGABEN

1

KLIMAKLAGEN IM STREIT: WER ENTSCHEIDET ÜBER KLIMASCHUTZ?

AUFGABEN

2 Klimaklagen

Scanne den **QR-Code** zur Debatte und lies den **Text**.

a) Fasse den **Streitpunkt** in einem Satz zusammen.

b) Gib die **Klage** wieder:

- Wer klagt gegen wen?
- Wie wird die Klage begründet?
- Wie wird die Klage abgelehnt?

c) Gerichte können Gesetze überprüfen, aber sie können keine eigenen Gesetze beschließen. *Erkläre*, warum ein Gerichtsurteil trotzdem großen **Einfluss auf Politik und Gesellschaft** haben kann.

d) *Erläutere*, warum die Debatte über Klimaklagen auch eine Frage der **Gewaltenteilung** ist.



Debatte:

Sind Klimaklagen legitim, um Politik und Wirtschaft zu mehr Klimaschutz zu verpflichten?
(Buzzard)

AUFGABEN

3 Debatte: Sind Klimaklagen legitim, um Politik und Wirtschaft zu mehr Klimaschutz zu verpflichten?

Teilt die **Pro-** und **Contra-Perspektiven** gleichmäßig unter euch auf. *Scannt* euren entsprechenden **QR-Code** und *lest* euren **Text**.

a) Fasse die **Argumente** zusammen.

b) *Notiere* eindrückliche **Belege** und **Beispiele**.

c) *Diskutiert* die **Debattenfrage** im Plenum. *Argumentiert* dabei **aus Sicht** eurer bearbeiteten Perspektive.



Pro:

Klimaklagen zeigen, dass unser Rechtssystem auf die Klimakrise reagieren kann
(Jens Kiffmeier, Frankfurter Rundschau)



Contra:

Es drohen massive Einschränkungen von Freiheit und Wirtschaft
(Axel Bojanowski & Sebastian Müller-Franken, Die Welt)



Pro:

Man sollte über die Leute froh sein, die sich noch für den Klimaschutz einsetzen
(Harald Welzer, Radio Eins)



Contra:

Die Macht von Klimaaktivisten reicht bis ins Grundgesetz – das geht zu weit
(Elke Bodderas, Neue Züricher Zeitung)

KLIMAKLAGEN IM STREIT: WER ENTSCHEIDET ÜBER KLIMASCHUTZ?

AUFGABEN

4 Urteil

- a) *Tauscht* euch kurz mit eurer Sitznachbarin / eurem Sitznachbarn *aus*: Welche **Pro-** und **Contra-Argumente** aus der Debatte sind euch besonders im Gedächtnis geblieben? *Tragt* sie in die **Tabelle M2** ein.
- b) *Wähle* jeweils das **überzeugendste Pro-** und **Contra-Argument** aus und *begründe* deine Entscheidung.
- c) *Nimm Stellung* zur **Debattenfrage**. *Beziehe* dich auf **mindestens ein Pro-** und ein **Contra-Argument** und *formuliere* ein begründetes **Urteil**.

M2: Argumentetabelle

Sind Klimaklagen legitim, um Politik und Wirtschaft zu mehr Klimaschutz zu verpflichten?	
Pro	Contra

KLIMAKLAGEN IM STREIT: WER ENTSCHEIDET ÜBER KLIMASCHUTZ?

LÖSUNG

Einstiegsfrage: Darf der Staat zum Schutz des Klimas Regeln erlassen, die den Alltag der Menschen einschränken?

Mögliche Argumente

Pro (Einschränkungen sind gerechtfertigt).

- Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen der Menschen, deshalb muss der Staat handeln.
- Regeln und Verbote können helfen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.
- Wenn niemand Einschränkungen akzeptiert, kann der Klimawandel nicht wirksam bekämpft werden.
- Klimaschutz schützt auch die Freiheit zukünftiger Generationen.
- Viele gesellschaftliche Regeln schränken Freiheit ein, um Menschen zu schützen (z. B. Verkehrsregeln).

Contra (Einschränkungen sind problematisch).

- Zu viele Verbote können die persönliche Freiheit stark einschränken.
- Menschen sollten selbst entscheiden können, wie sie leben und konsumieren.
- Strenge Regeln können wirtschaftliche Nachteile haben, z. B. für Unternehmen oder Arbeitsplätze.
- Klimaschutzmaßnahmen können für manche Menschen sehr teuer werden (z. B. beim Heizen oder Autofahren).
- Lösungen sollten eher über Innovation und Technologie kommen als über Verbote.

1 a) Lückentext

Damit nicht zu viel Macht in einer Hand liegt, wird sie in einer Demokratie auf drei Staatsgewalten verteilt.

Die Legislative (Gesetzgebung) beschließt Gesetze. In Deutschland übernimmt diese Aufgabe vor allem der Bundestag. Die Abgeordneten werden von den Bürgern gewählt und besitzen deshalb eine direkte demokratische Legitimation.

Zur Exekutive (ausführende Gewalt) gehören die Bundesregierung und Behörden. Sie setzen die beschlossenen Gesetze um und sorgen dafür, dass sie im Alltag angewendet und eingehalten werden.

Die Judikative (Rechtsprechung) bilden die Gerichte. Sie entscheiden über Streitfälle und prüfen, ob staatliches Handeln mit den Gesetzen und der Verfassung vereinbar ist. Damit tragen sie auch zum Schutz der Grundrechte bei. Richter werden nach gesetzlichen Verfahren ernannt. Sie sollen deshalb unabhängig von politischem Einfluss entscheiden.

b) Warum Gewaltenteilung in einer Demokratie wichtig ist:

Gewaltenteilung ist wichtig, damit nicht zu viel Macht in einer Hand liegt. Die Macht wird auf Parlament, Regierung und Gerichte verteilt. Dadurch kontrollieren sich die Staatsgewalten gegenseitig und Machtmissbrauch wird verhindert. So werden Demokratie und Grundrechte geschützt.

KLIMAKLAGEN IM STREIT: WER ENTSCHEIDET ÜBER KLIMASCHUTZ?

LÖSUNG

1 c) Staatsgewalten und ihre politische Legitimation:

Die Staatsgewalten erhalten ihre Legitimation auf unterschiedliche Weise:

- Legislative (Parlament): Die Abgeordneten werden von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Deshalb haben sie eine direkte demokratische Legitimation.
- Exekutive (Regierung): Die Regierung wird vom Parlament gewählt oder bestätigt und setzt die Gesetze um.
- Judikative (Gerichte): Richterinnen und Richter werden nach gesetzlichen Verfahren ernannt und sollen unabhängig entscheiden.

d) Bild „Säulen des Staates“

Das Bild der „Säulen des Staates“ wird verwendet, weil die drei Staatsgewalten zusammen den Staat tragen. Jede Gewalt hat eine eigene Aufgabe, und nur zusammen funktioniert das politische System stabil. Wenn eine Säule zu viel Macht hätte oder wegfallen würde, könnte das Gleichgewicht der Demokratie gefährdet sein.

Das Bild ist hilfreich, weil...

...es zeigt, dass der Staat auf diesen drei Funktionen „ruht“.

...es einfach zu verstehen und einprägsam ist.

...es deutlich macht, dass jede Gewalt wichtig und unersetzlich ist.

Das Bild ist ungenau, weil...

...Säulen gleichwertig und starr erscheinen. In der Realität kommt es oft zu Spannungen und Überschneidungen.

...die drei Gewalten nicht die Säulen eines Staates sind, den sie wie ein Dach tragen. Sie selbst bilden den Staat.

2 a) Streitpunkt

In der Debatte geht es darum, ob Gerichte Unternehmen und Politik durch Klimaklagen zu strengeren Klimaschutzmaßnahmen verpflichten dürfen.

b) Klage

Wer klagt gegen wen?

Die Umweltorganisation Deutsche Umwelthilfe (DUH) klagt gegen die Autohersteller BMW und Mercedes-Benz.

Wie wird die Klage begründet?

Die DUH fordert, dass die Unternehmen spätestens ab 2030 keine neuen Autos mit Verbrennungsmotor verkaufen dürfen. Sie begründet dies damit, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral werden will und Autos lange genutzt werden. Außerdem beruft sie sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021, das strengere Klimaschutzmaßnahmen verlangt hat.

Wie wird die Klage abgelehnt?

BMW und Mercedes-Benz lehnen die Klage ab. Sie argumentieren, dass Klimaschutzregeln von der Politik beschlossen werden sollten und nicht von Gerichten.

KLIMAKLAGEN IM STREIT: WER ENTSCHEIDET ÜBER KLIMASCHUTZ?

LÖSUNG

2 c) Warum ein Gerichtsurteil trotzdem großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft haben kann:

Ein Gerichtsurteil kann großen Einfluss haben, weil es Entscheidungen von Politik oder Unternehmen für unzulässig erklären kann. Dann müssen Politik oder Unternehmen ihr Verhalten ändern oder neue Regeln einführen. Dadurch können Gerichtsurteile indirekt politische Entscheidungen beeinflussen.

d) Warum die Debatte über Klimaklagen auch eine Frage der Gewaltenteilung ist:

Die Debatte betrifft die Gewaltenteilung, weil es darum geht, ob Gerichte stärker in politische Entscheidungen eingreifen sollen. Manche finden, dass Gerichte handeln müssen, wenn Klimaschutz nicht ausreichend umgesetzt wird. Andere meinen, dass solche Entscheidungen vom Parlament getroffen werden sollten, weil es demokratisch gewählt ist.

3 Eine Übersicht aller Argumente finden Sie in der Tabelle.

Pro: Klimaklagen zeigen, dass unser Rechtssystem auf die Klimakrise reagieren kann (Jens Kiffmeier, Frankfurter Rundschau)	• Klimaklagen zeigen, dass das Rechtssystem auf die Klimakrise reagieren kann. • Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 entschieden, dass unzureichender Klimaschutz Grundrechte gefährden kann. • Unternehmen können für ihren Beitrag zum Klimawandel zur Verantwortung gezogen werden. • Klimaklagen können Regierungen und Unternehmen dazu bringen, ihre Klimaschutzversprechen einzuhalten. • Gerichtsurteile können Präzedenzfälle schaffen, die auch andere Unternehmen zu mehr Klimaschutz bewegen.
Pro: Man sollte über die Leute froh sein, die sich noch für den Klimaschutz einsetzen (Harald Welzer, Radio Eins)	• Klimaklagen setzen Druck auf Politik, weil diese beim Klimaschutz oft zu wenig handelt. • Aktivist:innen nutzen mit Klagen ihr legitimes Recht, um Klimaschutz einzufordern. • Gerichtliche Verfahren können Regierungen dazu zwingen, geltende Gesetze einzuhalten. • Klimaklagen nehmen sowohl Staaten als auch Unternehmen in die Verantwortung. • Sie können wirksamer sein als Protest oder Aufklärung, weil sie konkrete Maßnahmen erzwingen können.

PERSPEKTIVEN AUF DEN IRAN-KONFLIKT

LÖSUNG

Contra: Es drohen massive Einschränkungen von Freiheit und Wirtschaft (Axel Bojanowski & Sebastian Müller-Franken, <i>Die Welt</i>)	• Klimaklagen könnten zu starken Einschränkungen der persönlichen Freiheit führen, wenn Klimaneutralität rechtlich erzwungen wird. • Wenn Klimaschutz verfassungsrechtlich festgeschrieben wird, könnten andere wichtige Ziele wie wirtschaftliches Wachstum oder Beschäftigung weniger berücksichtigt werden. • Strenge Klimaschutzmaßnahmen könnten der Wirtschaft schaden. • Eine schwächere Wirtschaft könnte zu geringeren Steuereinnahmen und einem schwächeren Staat führen. • Klimaschutzaufgaben könnten hohe Kosten für Unternehmen und Bürger verursachen (z. B. Energiepreise oder Investitionen).
Contra: Die Macht von Klimaaktivisten reicht bis ins Grundgesetz – das geht zu weit (Elke Bodderas, <i>Neue Züricher Zeitung</i>)	• Klimaklagen geben Klimaaktivist:innen zu großen Einfluss auf politische Entscheidungen. • Entscheidungen über Klimaziele sollten vom Parlament getroffen werden, nicht von Gerichten. • Durch Gerichtsurteile könnte praktisch ein neues Staatsziel (Klimaneutralität) entstehen, ohne dass das Parlament darüber entschieden hat. • Gerichtliche Entscheidungen könnten Einschränkungen von Grundrechten rechtfertigen. • Klimaschutzpflichten könnten weitreichende Folgen für viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens haben. • Die Entwicklung könnte das Gleichgewicht der Gewaltenteilung gefährden, weil Gerichte zu stark in politische Entscheidungen eingreifen.

4 Beispiel-Urteil:

Ein wichtiges Argument für Klimaklagen ist, dass Gerichte eingreifen können, wenn Politik oder Unternehmen zu wenig gegen den Klimawandel tun und dadurch Grundrechte oder Lebensgrundlagen gefährdet werden. Ein wichtiges Gegenargument ist jedoch, dass große Entscheidungen über Klimapolitik eigentlich vom Parlament getroffen werden sollten, weil es von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wird.

Trotzdem finde ich Klimaklagen grundsätzlich legitim, weil sie Druck auf Politik und Unternehmen ausüben können, ihre Klimaschutzziele einzuhalten. Gleichzeitig sollten Gerichte aber nicht selbst konkrete Klimaschutzmaßnahmen festlegen, sondern nur prüfen, ob Gesetze und staatliches Handeln mit der Verfassung vereinbar sind.